

# extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee



Wahlgewinner



Seiten 2-4

Zusammen



Seite 5

Kommunales



Seiten 6-7

Wahlauswertung

# Linke Wahlgewinner



Die Linke.PDS konnte bei der Bundestagswahl 2005 ihren Zweitstimmenanteil bundesweit auf 8,7 Prozent steigern. Dank des Zuwachs von 4,7 Prozent sind wir nunmehr mit 54 Abgeordneten im Bundestag vertreten. Gründe hierfür sind in der Ausstrahlungskraft des neuen Projekts Linkspartei, bei den Spitzenkandidaturen sowie in der Positionierung als Kraft der sozialen Gerechtigkeit zu sehen. Zwar wird die Linke immer noch von den meisten Wählern als ostdeutsche Protestpartei wahrgenommen, jedoch wurden im Wahlkampf verstärkt unsere programmatischen Aussagen nachgefragt.

## ■ Plus fünf Prozent in Berlin

In Berlin wurden drei Direktmandate errungen und unsere Partei kletterte auf 16,4 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich zu 2002 ist das eine Steigerung um fünf Prozent bzw. 91.000 Stimmen. Die Linke in Berlin errang damit ihr bisher bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Auch Rot-Rot erreichte mit 50,7 Prozent der Zweitstimmen eine eigene Mehrheit.

## ■ Plus 8.000 in Pankow

Im Wahlkreis 77 in Pankow konnten wir unseren Zweitstimmenanteil um 4,2 auf 24,4 Prozent bzw. um 8.112 Stimmen steigern. Die ehrgeizigen Wahlziele des Bezirksverbandes, den Wahlkreis 77 zurückzuerobern, einen weiteren

Wahlkreis (84) zu gewinnen und stärkste Partei in Pankow zu werden, wurden leider nicht erreicht. Im Bezirk wurde die SPD mit 35 Prozent stärkste, die Linke.PDS mit 24,7 Prozent zweitstärkste Kraft.

In einigen Ortsteilen gelang es uns die 30-Prozent-Marke zu knacken: im Blumenviertel, im Neubaugebiet Greifswalder Straße, im Thälmannpark sowie in Buch.

Schwach blieb die Linke.PDS jedoch am Teutoburger Platz, am Helmholtzplatz und am Kollwitzplatz. Dort kamen wir nicht über 16 bzw. 17 Prozent hinaus. Hier wirkt sich der demografische Wandel für uns weiterhin negativ aus. Bündnis 90/Grüne wurden hier teilweise stärkste Kraft. Unterdurchschnittlich für die Linke blieb auch das dörflich geprägte Rosenthal mit knapp 16 Prozent.

## ■ Erststimmenrückgang

Im Wahlkreis 77 erreichten wir 24,3 Prozent der Erststimmen (41.864 Stimmen). Dies bedeutet einen Rückgang um 1,8 Prozent bzw. 1.969 Stimmen. Wolfgang Thierse (SPD) war trotz eigener Verluste erneut nicht zu schlagen. Seine Reputation als Bundestagspräsident und der bundesweite Positivtrend für die SPD in den letzten beiden Wahlkampfwochen halfen dem SPD-Kandidaten, erneut das Direktmandat zu erringen.

Im Wahlkreis 84 fiel der Verlust bei den Erststimmen noch deutli-

cher aus. Hier verlor die Linke.PDS bei den Erststimmen 3,2 Prozent, d.h. 3.092 Stimmen.

Trotzdem war es eine richtige Entscheidung, dass wir mit Stefan Liebich einen der prominentesten Politiker unserer Landespartei als Direktkandidaten nominierten. Manche Befürchtung, ein exponierter Vertreter rot-roter Senatspolitik könne sich negativ auf das Ergebnis auswirken, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die landespolitische Kompetenz des Kandidaten war ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal.

## ■ Ein engagierter Wahlkampf

Unsere Bezirksorganisation hat einen sehr engagierten Wahlkampf geführt, der oft an die Grenzen ging. Über die aktive Unterstützung von Neumitgliedern freuen wir uns besonders. Der Wahlkampf wurde in einem einheitlichen Erscheinungsbild geführt und viele Werbemittel verteilt. Dadurch gelangten die Wahlaussagen der Linkspartei.PDS an eine breite Öffentlichkeit. Aber ohne die materielle Unterstützung des Landesverbandes wären viele Aktivitäten nicht realisierbar gewesen. An alle: Ein herzliches Dankeschön.

## ■ Ausblick auf 2006

Obwohl das Positive in diesem Wahlkampf überwiegt, dürfen wir als Bezirksorganisation die Augen nicht vor den Problemen verschließen. Unser schlechtes Abschneiden im Süden des Prenzlauer Bergs kann ebenso wenig befriedigen wie die Altersstruktur unseres Bezirksverbandes. Wir brauchen effektiv arbeitende Ortsverbände und eine Verjüngung unserer Mitgliedschaft. Der Bezirksvorstand wird daher in Abstimmung mit anderen Parteigremien zeitnah ein Maßnahmenkonzept zur Durchführung des Wahlkampfes 2006 vorlegen.

*Sandra Brunner,*

*Andreas Bossmann*

WahlkampfleiterInnen

Blick auf 2006

## Gut aufgestellt

extraDrei sprach mit Stefan Liebich, Direktkandidat in Pankow und Fraktionsvorsitzender der Linken.PDS in Berlin

*Stefan, es hat leider nicht geklappt mit Deinem Einzug in den Bundestag. Worin siehst Du dafür die Gründe?*

Ein leichter Sieg gegen Wolfgang Thierse ist hier nicht zu haben. Viele WählerInnen fanden, dass eine linke Fraktion im Bundestag zwar fehlt. Rot-Grün erschien ihnen jedoch besser als Schwarz-Gelb zu sein. Daher haben sie oft Thierse mit der Erststimme und uns mit der Zweitstimme gewählt. Wir haben 8.112 Zweitstimmen mehr als 2002 gewonnen und das ist doch prima.

*War unser Wahlkampf diesmal inhaltlich anders?*

Ich denke schon. Die Linkspartei hat auf einen klaren „Ja“-Wahlkampf gesetzt und unsere Alternativen in den Vordergrund gestellt. Das fand ich gut.

## Wahlerfolg der Linkspartei

Der 18. September 2005 war ein guter Tag für Die Linke.PDS. 8,7 Prozent der WählerInnen haben sich für die soziale Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei der etablierten Parteien entschieden und mit 54 Abgeordneten zieht eine starke neue Fraktion in den Deutschen Bundestag.

Auch die Berliner Ergebnisse sind erfreulich. Wir haben sowohl im Landesmaßstab als auch auf Bezirksebene in Pankow das beste Zweitstimmenergebnis bei Bundestagswahlen erreicht. Natürlich wollten wir außerdem stärkste Partei im Bezirk werden und mit Cornelia Reinauer und Stefan Liebich zwei Direktwahlkreise gewinnen. Das ist uns nicht gelungen.

Die Berliner WählerInnen haben auf die Favoriten in den Wahlkreisen gesetzt und auch mit der Erststimme bewusst gegen Merkel und

*Wünschten sich die Wähler eine klare linke Alternative zum neo-liberalen Mainstream?*

Offenbar ja, denn es gibt in Deutschland links von CDU/CSU und FDP eine klare Mehrheit. Leider gab es bei diesen Wahlen noch kein gemeinsames alternatives Angebot. Aber die Debatten bei SPD und B'90/Grüne haben begonnen und wir müssen uns darauf einstellen, dass die Zeit unserer Ausgrenzung vorbei sein dürfte.

*Wie siehst Du die begonnene Zusammenarbeit mit der WASG im Hinblick auf die Abgeordnetenhauswahlen 2006?*

Dass wir in Berlin das beste Bundestagswahlergebnis aller Zeiten erzielt haben, zeigt, dass die Menschen schon jetzt eine gemeinsame Linkspartei gewählt haben. Wir haben daher die WASG eingeladen mit uns zügig Gespräche über die Berliner Politik aufzunehmen. Ein Gegeneinander würde in Berlin niemand verstehen.

*Für Dich hat längst wieder die normale Arbeit im Abgeordnetenhaus begonnen. Welche Ziele hast Du über den politischen Alltag hinaus? Bleibst Du dem Bezirk treu?*

Ich habe in diesem Wahlkampf den Bezirk mit all seinen Stadtteilen kennen und schätzen gelernt. Gern bleibe ich Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee über diesen Wahlkampf hinaus treu und würde meinen Beitrag 2006 und danach dafür leisten, dass wir zeigen, dass die Linkspartei hier Wahlkreise gewinnen kann und wird.

Interview: Andreas Bosmann



mit der WASG begonnen. Neben eigenen Infoständen hat sich die Pankower WASG u.a. an unserem Wahlauftakt und an der „Fête du Mauerpark“ beteiligt. Wir sollten diesen Schwung nutzen und so zügig wie möglich zu einer gemeinsamen Partei kommen.

Bedanken möchte ich mich auch bei Cornelia Reinauer und Stefan Liebich. Sie haben engagiert gekämpft und ganz wesentlich mit zu diesem Erfolg beigetragen.

Stefan Liebich hat vor seiner Nominierung als unser Direktkandidat gesagt, dass er sich, wenn wir es wollen, auch nach der Wahl für unseren Bezirk engagieren will. Für mich gibt's nur eine Antwort auf dieses Angebot: Ja.

Gernot Klemm  
Bezirksvorsitzender

Neue Gesichter im Bundestag

## Parteilos, aber parteiisch



extraDrei sprach mit Hakki Keskin, Mitglied des Bundestages

*Hakki, Du bist nach 30 Jahren aus der SPD ausgetreten. Warum?*

Anfang der neunziger Jahre eskalierte die rechte Gewalt in Deutschland. In Mölln und Solingen wurden acht TürkInnen bei Brandanschlägen getötet. Als Vorsitzender des Bündnis türkischer Einwande-

rer hab ich mich immer für die MigrantInnen in Deutschland eingesetzt und – auf Bitten der SPD – zwischen 1993 bis 1997 auch in der Hamburger Bürgerschaft. Aber ich wurde als „Vorzeigetürke“ instrumentalisiert. Weder wurde das in der Bürgerschaft beschlossene Antidiskriminierungsgesetz umgesetzt noch ein modernes Staatsbürgerschaftrecht auf Bundesebene geschaffen. Dazu hat mich die Umverteilungspolitik der SPD von unten nach oben wahnsinnig geärgert.

*Welche Gründe waren für Dich ausschlaggebend, für die Linke.PDS als Parteiloser für den Bundestag zu kandidieren?*

Seit anderthalb Jahren gibt es zwischen der PDS und der Türkischen Gemeinde Deutschlands, deren Vorsitzender ich bin, Gespräche. Dabei hat sich gezeigt, dass die Linke.PDS ein wichtiger Partner für die Belange der MigrantInnen ist.

*Nach Bekanntgabe Deiner Kandidatur gab es aus den Reihen der PDS Kritik.*

Ja, teilweise wurde mir unterstellt, ich sei ein Nationalist oder türki-

scher Lobbyist. Aber meine Biographie ist eine linke Biographie: Ich bin demokratischer Sozialist, wurde zwei Mal aus der Türkei ausgebürgert, durfte lange nicht in die Türkei einreisen und habe mich immer für die Integration Nichtdeutscher stark gemacht.

*Du bist Mitbegründer der Türkischen Gemeinde Deutschlands.*

*Welchen Hintergrund hat das?*

1985 wurde ein junger Türke von Skins zu Tode geprügelt. Das hat mich auf die Barrikade gebracht. Gemeinsam mit anderen gründeten wir das Bündnis türkischer Einwanderer, aus dem im Wesentlichen 1995 die Türkische Gemeinde hervorging. Sie hat über 230 Mitgliedsvereine, setzt sich für gleiche Rechte aller Menschen ein und bewahrt aber auch die kulturelle Identität.

*Wo siehst Du Deine Schwerpunkte in der Linksfraktion?*

Im Innenausschuß bei den Integrations- und Migrationsfragen. Als Hochschullehrer für Politik und Migration möchte ich meine ganze Erfahrung einbringen. Und ich möchte im Europaausschuß mitwirken.

Interview: Sandra Brunner

## Einer hat rübergemacht



Jan Korte

Einen Führerschein hat er nicht, einen Studienabschluß beinahe. Die Magisterarbeit „Antikommunismus und Vergangenheitspolitik in der BRD“ ist eingereicht, die Prüfungen folgen im Dezember. Das Abgeordnetenmandat hat der Neoparlamentarier Anfang Oktober angenommen. Es hat sich viel verändert im Leben des 28jährigen Studenten von der Uni Hannover.

Jan Kortes politische Heimat ist in Linden, einem alternativen Bezirk Hannovers. Dort ist er Vorsitzender des größten Kreisverbandes der Linken im Westen. 2004 zu den Europawahlen holte Korte dort ein Ergebnis von rund neun Prozent – gute Ausgangsbedingungen für die Bundestagswahlen 2005.

Kandidiert hat Korte dann doch nicht in seiner Heimatstadt oder auf der niedersächsischen Landesliste der Partei. Es zog das junge Parteivorstandsmitglied nach Sachsen-Anhalt. Die Genossen an der Elbe hatten ihn gefragt, ob er nicht im Nachbarbundesland antreten wolle.

Er ist kein Mensch, der alles nur mit sich selber ausmacht und vorgibt, sowieso allein die besseren Entscheidungen treffen zu können. Er sprach also mit vielen, Freunden wie Genossen und auch Kritikern über das Angebot aus Magdeburg. Nun sitzt er über den zweiten Platz der Landesliste Sachsen-Anhalt im Bundestag.

Sein Direktwahlkreis 72 im Bernburg-Bitterfeld-Saalkreis war trotz-

dem eine harte Sache für den Politiker aus dem Westen. Er war während des Wahlkampfes viel unterwegs – genug Zeit, um durch die schmutzigen Fensterscheiben der Bahn eine geschundene Region an sich vorbeiziehen zu sehen. Die Arbeitslosigkeit von mehr als zwanzig Prozent und die Abwanderung vor allem junger Menschen, die „einfach rüber machen“, hinterlassen unübersehbare Spuren. Der Gegensatz zu Hannover-Linden ist erdrückend.

So sieht Jan Korte denn auch seine Aufgabe in der neuen Fraktion: „Perspektiven müssen gegeben und nicht genommen werden – hüben wir drüben.“

Dominic Heilig

Fusionsfahrplan

# Jetzt wächst zusammen...

Am 18. September haben über vier Millionen WählerInnen entschieden, dass etwas im linken Lager zusammenwachsen soll. Darunter 1,5 Millionen Ex-Parteigänger der SPD und ca. 500.000 ehemalige NichtwählerInnen, die ausdrücklich eine Partei gewählt haben, die es so auch noch gar nicht gibt: eine neue Linkspartei. Mit diesem Fakt müssen wir umgehen. Auf Bundesebene sind die Gespräche mit der WASG bereits voran geschritten. Noch in diesem Jahr soll eine gemeinsame Steuerungsgruppe den Fusionsprozess vorantreiben, eine gemeinsame Programmarbeitsgruppe die Arbeit aufnehmen. Abgeschlossen sein soll der Prozess Ende 2006/Anfang 2007.

Mitten auf dem Weg dahin wird am 17. September 2006 in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. In der Berliner WASG ist umstrit-

ten, wie mit der Fusion umzugehen sei. Eine Tendenz lehnt jedes Gespräch mit der Linkspartei ab, eine weitere will wenigstens um den Schein zu wahren, Gespräche führen. Der Bogen reicht über weitere Differenzierungen bis zu denjenigen, die einer Fusion aufgeschlossen gegenüberstehen.

In diesem Umfeld gilt es, Angebote zu unterbreiten und über politische Meinungsverschiedenheiten ins Gespräch zu kommen. Der Landesvorstand der Linken.PDS Berlin hat auf einer Klausur beschlossen, über Themen aus neun Politikfeldern mit der WASG ins Gespräch zu kommen: Haushaltskonsolidierung, Umgang mit landeseigenen Unternehmen, Zukunft des öffentlichen Dienstes, Umgang mit Hartz IV, Soziale Stadt und Integration, Bildungs- und Gewerkschaftspolitik und schließlich die Frage,

wer das Land Berlin ab 2006 regieren soll.

Der Landesvorstand wird darauf hinwirken, innerhalb kurzer Zeit Ergebnisse zu präsentieren, die dann in den Prozess der inhaltlichen Vorbereitung der Berlin-Wahl 2006 einfließen können. Gemeinsam müssen wir diese Herausforderung annehmen. Gemeinsam werden wir sie bestehen.

Carsten Schatz  
Landesgeschäftsführer

## Fusion mit Widersprüchen

extraDrei sprach mit Ralf Krämer, Kandidat auf Platz 6 der Landesliste der Linken.PDS & Mitglied der WASG Pankow

*Die Linkspartei.PDS gehört zu den Siegern der Bundestagswahl. Welche Gründe sehen Sie dafür?*

Ausschlaggebend für den starken Zuwachs war das Zusammengehen mit der WASG und Oskar Lafontaine. Dies hat insbesondere im Westen zu einer mehr als Vervielfachung des Stimmenergebnisses geführt, so dass jetzt fast die Hälfte der Stimmen für die Linke aus den alten Ländern kommen.

*Die Wähler wollen offenkundig eine Kooperation der politischen Linken in Deutschland. Welche Hürden müssen WASG und Linkspartei.PDS noch überwinden?*

Wir müssen uns über Programm, Statut und andere Fragen verständigen. Ich hoffe, dass wir bis etwa Mitte 2007 die neue Partei bilden können. Dabei geht es um etwas wirklich Neues, nicht einfach eine

Erweiterung der PDS oder der WASG. Der Prozess muss auf der Basis der Gleichberechtigung beider Parteien ablaufen und auch weitere Kräfte einbeziehen. Auch in der Folge müssen die Positionen beider Ursprungsparteien sowie von Ost und West gleichermaßen beachtet werden.

*In Berlin ist das Verhältnis beider Parteien verbesserungsbedürftig. Muss die Linkspartei.PDS ihr Verhältnis zur SPD und zur Koalition revidieren, um als Fusionspartner für die WASG in Frage zu kommen?*

Die Frage der Bedingungen, unter denen man sich auf Regierungskoalitionen einlässt oder auch nicht, ist ein wichtiger Diskussionspunkt. Maßstab muss sein, ob das die Kräfte für einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel nach links stärkt oder schwächt. Wir werden hier aber mit unterschiedlichen Auffassungen klarkommen müssen, und bei der Fusion geht es um einen bundesweiten Vorgang, nicht länderweise.



*Ist ein Antreten der WASG gegen die Linkspartei.PDS bei den Abgeordnetenhauswahlen politisch klug?*

Das würde nicht leicht zu vermitteln sein, kurz vor einer Fusion noch konkurrierend zu einer Wahl anzutreten. Andererseits ist in der WASG und ihrem Umfeld nicht zu vermitteln, sozusagen unter dem Motto „weiter so mit der erfolgreichen Politik von Rot-Rot in Berlin“ in einen gemeinsamen Wahlkampf zu ziehen. Es wären deutlich kritische Positionen und klare politische Bedingungen gegen Sozialabbau nötig. Wenn sich eine konkurrierende Kandidatur nicht vermeiden lässt, sollte sie so laufen, dass der bundesweite Prozess darunter nicht mehr als nötig leidet. Notfalls müssen wir das aushalten, es wäre ja jedenfalls das letzte Mal.

Interview: Andreas Bossmann

Doppelhaushalt 2006/2007

## BVV beschloss Bezirksplanentwurf



Nach vielen Wochen der Beratung in ihren Fachausschüssen beschloss am 28. September die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in ihrer 35. Sitzung den Doppelhaushalt 2006/07.

Es gehört längst nicht mehr zu den „Sternstunden“ der BVV, über den Haushalt zu entscheiden. Zu eng sind die Vorgaben des Senats, als dass den Bezirksverordneten viel mehr als ein Abnicken der auferlegten Zwänge bliebe. Und diese Zwänge sind Jahr um Jahr enger geworden, nicht alle sind aus der Haushaltsnotlage des Landes Berlin begründet. In immer stärkerem Maß folgen weitere Eingriffe des Senats in die beschlossenen Haushalte und fern von Politik erwirkt die Verwaltung nach selbstgemachten Regeln noch Umverteilung auf Umverteilung. Pankow wurden seit 2002 durch diesen zwischen den Bezirken vorgenommenen „Wertausgleich“ allein bei Personal- und sächlichen Mitteln über 20 Millionen Euro genommen.

Weit größere Probleme bestehen jedoch in den zu geringen Zuweisungen für die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialausgaben. Bei

den Transferleistungen – vor allem Hilfen zum Lebensunterhalt und Hilfen zur Erziehung – ist ein Defizit von über 50 Millionen Euro angewachsen, das Pankow nur zum Teil ausgleichen konnte. Worauf diese viel zu geringen Zuweisungen gründen, ist völlig offen, seit Jahren streitet der Bezirk um die Differenzen von Wunschzahlen des Senats zu den Ist-Zahlen der notwendigen Hilfeleistungen.

Die rot-rote Landesregierung verlangt nun vom Bezirk Pankow, das Defizit bei den Sozialausgaben aus eigener Kraft auszugleichen, ein „Konsolidierungskonzept“ vorzulegen. Eine ebenso rot-rote Mehrheit der Bezirksverordneten, namentlich die Fraktionen von Linke.PDS und SPD, lehnte dies mit ihrem Antrag zum Doppelhaushalt 2006/07 ab. Ein solches Konzept macht keinen Sinn, solange die unzureichende Zuweisung für die gesetzlichen Leistungen fortbesteht, das Defizit daraus noch weiter anwachsen wird.

Auch ist nicht plausibel, weshalb der Bezirk für fehlerhafte Vorgaben bzw. Berechnungen der Hauptverwaltung einzustehen hätte, für Leistungen, zu denen das Land Berlin

gesetzlich verpflichtet ist. Es wurde weder Geld vergeudet noch zweckfremd ausgegeben, im Gegenteil, herrschte strengste Ausgaben disziplin.

Da wäre schon gar nicht gerechtfertigt, jetzt bei anderen Ausgaben zusätzlich zu kürzen, um fortgesetzt fehlerhafte Berechnungen des Landes zu Empfängerzahl und Leistungsumfang von Sozial- und Jugendhilfe auszugleichen.

Auch so wird es im Haushalt neue gravierende Einschnitte geben. Allein bei den Personalausgaben sind weitere erhebliche Absenkungen unvermeidlich, wobei Pankow bereits heute die geringsten Personalausgaben je Einwohner aller Bezirke verzeichnet. Doch nur so wird es unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung möglich sein, an unseren kommunalen Schwerpunkten festzuhalten: Jugend, Bildung und Soziales. Damit sichert der Haushaltsbeschluss eine Mindestausstattung der Bibliotheken, der Musik- und der Volkshochschule, aber auch der Jugend- und Sozialarbeit, wie der Gleichstellungs- und Migranten-Projekte.

*Michael van der Meer*

## Klares Bekenntnis zur Kultur



Zum ersten Mal soll die bezirkliche Bibliothek einen Etat zum Kauf von Büchern und anderen Medien in Höhe von 1 Euro je Einwohner erhalten. Das ist eine Steigerung um ein Drittel des bisherigen Etats

und würde das Angebot für Bürgerinnen und Bürgern in den Bibliotheken deutlich verbessern. Damit würde sich der Bezirk erstmals bundesweiten Standards annähern, wenn er sie auch noch nicht erreicht. Als Ziel für die bezirklichen Bibliotheken Berlins sind 1,50 Euro je Einwohner im Gespräch. Diese Entscheidung hat die Bezirksverordnetenversammlung auf Initiative und großen Druck der Linken.PDS gemeinsam mit der SPD getroffen, als beide Fraktionen den Haushalt beschlossen. Außerdem wurde festgelegt, dass der Personalabbau bei Volkshochschule und Musikschule gestoppt werden soll. Das ist ein klares Bekenntnis für die Bildungsangebote.

Diese Beschlüsse sind das Ergebnis harter politischer Auseinandersetzungen, denn die sogenannten freiwilligen Aufgaben der Bezirke müssen angesichts der Haushaltslage des Landes immer wieder neu verteidigt werden.

In einem schwierigen Strukturveränderungsprozess werden seit gut drei Jahren Standorte von Bildungseinrichtungen kritisch bewertet, Leistungen analysiert und Angebote neu ausgerichtet. Während die Standorte reduziert werden, stellen wir die verbliebenen besser aus. Die Haushaltsbeschlüsse unterstützen diesen Kurs, der im Endeffekt den Nutzerinnen und Nutzern entgegenkommt.

*Almuth Nehring-Venus*  
Bezirksstadträtin

Aus dem Bezirk

# Alltag

## ■ Weißenseer Naziladen zu

Der Naziladen „Nordic Thunder“ in Weißensee, welcher mit rechts-extremen Kleidungsstücken, Waffen und germanischem Schmuck gehandelt hatte, gab sein Geschäft auf. Im September räumten MitarbeiterInnen des Geschäftes die Ladenflächen in der Gustav-Adolf-Straße 155. Fast zeitgleich schloss der Pankower Naziladen „Firestarter“ in der Dietzgenstraße 57. Der Betreiber des „Nordic Thunder“ verfügte über gute Kontakte ins Hooligan- und rechtskommerzielle Spektrum. Im November 2004 kam es in Weißensee sogar zu einem Übergriff auf vier alternative Jugendliche durch Nazi-Rocker aus dem „Nordic Thunder“-Umfeld. Um Gewalt, rechtem Gedankengut und dem öffentlichen Verkauf rechter Marken entgegenzuwirken, organisierten lokale AntifaschistInnen Gegenöffentlichkeit und verteilen Aufkleber, Flugblätter und organisierten im Mai 2005 eine Demo gegen den „Nordic Thunder“

Antifa Weißensee

## ■ Schulbaracke

Das Bezirksamt unternimmt den Versuch, für die denkmalwürdige Schulbaracke in der Weißenseer Parkstraße 15 einen neuen Nutzer zu finden, der bereit ist, zu investieren. Das Gebäude ist eines der wenigen erhaltenen historischen Schulbaracken, die es noch in Berlin gibt. Zurzeit lagern in der Baracke

Sammlungsgegenstände des Depots des Museumsverbundes. Das kann nach Auskunft des Bezirks nicht so bleiben, da die Heizung defekt ist. Das Amt für Kultur und Bildung wird in absehbarer Zeit ein Interessenbekundungsverfahren einleiten.

## ■ B-Plan für Rosenthal

Im September hat das Bezirksamt Pankow den Beschluss gefasst, den Bebauungsplan XIX-58a Ortskern Rosenthal als Rechtsverordnung festzusetzen. Er setzt den Rahmen für zukünftige bauliche Vorhaben. Festgesetzt wurden Flächen für ein Mischgebiet, ein allgemeines Wohngebiet und für Haus- und Mietergärten. Neu ist, dass auch im rückwärtigen Grundstücksbereich, auf der als allgemeines Wohngebiet ausgewiesenen Fläche gebaut werden darf.

## ■ Schönholzer Heide

SchülerInnen des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums haben sich mit der Geschichte der Schönholzer Heide beschäftigt. Gemeinsam mit MitarbeiterInnen des Museumsverbundes Pankow haben sie das ehemalige Zwangsarbeiterlager erforscht, haben historische Fakten zur Kriegsgräberstätte zusammengestellt und sich intensiv mit dem Sowjetischen Ehrenmal auseinandergesetzt. So haben sie erfahren, dass das Modell für die Mutter Russlands eine siebzehnjährige Berlinerin war.



## ■ Spielplatz Marie gesichert

Die Änderung des Sanierungsziels für die Grünfläche an der Marienburger Straße 41-46 in Prenzlauer Berg hat das Bezirksamt Pankow beschlossen. Entscheidend für die dauerhafte Sicherung der Spielplatzfläche waren Vereinbarungen, die das Amt für Umwelt und Natur (AUN) mit der Berliner Feuerwehr getroffen hatte und die dazu führten, dass zum Juni 2005 ein Flächentausch vollzogen werden konnte. Das Areal war ursprünglich für den Neubau einer Feuerwache vorgesehen. Das AUN konnte die Fläche nach längeren Verhandlungen jetzt auch als Eigentümer übernehmen.

## ■ Vitra Design Museum

Das Vitra Design Museum entsteht auf dem Pfefferberg. Der Startschuss zu den Bau- und Sanierungsarbeiten am künftigen Standort auf dem Pfefferberg wurde Ende September gegeben. Der zu den alten Gebäuden hinzukommende Neubau wird an der Christinenstraße, hin zum Teutoburger Platz, aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie errichtet. Im Herbst 2006 soll Eröffnung gefeiert werden.



Endlich ein Aufbruch:

# Du bist Pankow



Deutschland meckert, Deutschland stöhnt – da braucht es einen Ruck, der die Menschen aufrüttelt. Und so plappert unsere Elite von Kati Witt bis Günther Jauch in der V-Kampagne „Du bist Deutschland“ allerlei dummes Zeug. „Ha, ha.“ sagt sich unser aller Thierse Wolfgang, „Dass mache ich in meinem Wahlkreis jetzt auch!“ und begibt sich auf die Suche nach Frustrierten und Verzagten. Dem geknickten Lottospieler, der wieder kein Glück hatte, ruft er zu: „Gib niemals auf.“ Das bockige Kind,

das keine Süßigkeit von Mama bekam, schreit er an: „Es schmeckt zur Zeit nicht nach Zuckerwatte, aber deswegen ist doch nicht alles Schitt.“ Dem völlig verängstigten Fahrschüler rät er: „Geh runter von der Bremse. Gib nicht nur auf der Autobahn Gas.“ Für den Ausländer, der fremdenfeindlichen Sprüchen ausgesetzt ist, hat er auch ein Herz: „Behandle unser Land, wie einen guten Freund.“ Auf der Parkbank legt er dem kränkelnden Obdachlosen den Arm um die Schulter: „Frage Dich nicht, was die anderen

für Dich tun können.“ Auch der Trinker am Kiosk braucht seinen Zuspruch: „Weil aus Deiner Fahne viele werden, bist Du ein Teil des Ganzen.“ Und der gefeuerten alleinerziehenden Mutter gilt seine besondere Fürsorge: „Denke nicht an dass, was Du warst, sondern an dass, was Du bist.“ Und so hallt es vom Helmholtzplatz bis zum Bucher Forst: „Wir alle sind Pankow!“ Nun freuet Euch, Ihr Leut – und wie wärs übrigens, wenn ihr euch selbst mal wieder anfeuern würdet.

Ein Pankower



## WANNWOWASWANNWOWASWANN

- |   |  |  |
|---|--|--|
| 29. Oktober<br>10 Uhr Hauptversammlung, im Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17  | 7. November<br>18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17   | 21. November<br>18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17                          |
| 31. Oktober<br>18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17  | 9. November<br>17.30 Uhr 36. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Tagungssaal der BVV, Haus 7, Bezirksamt Fröbelstraße 17 | 28. November<br>19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76                   |
| 4. November<br>19 Uhr Podiumsdiskussion von Greenpeace, Thema: „Die Zukunft Europas“ mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP Die Linke.PDS, Cem Özdemir MdEP B'90/Grüne und Peter Liese, MdEP CDU, in der Alten Kantine der Kulturbrauerei, Knaackstraße | 14. November<br>19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76                                    | 3./4. Dezember<br>10. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Berlin, 1. Tagung, u.a. mit der Neuwahl des Landesvorstandes |
|   | 17. November<br>18 Uhr Basistag der Linken.PDS Pankow, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76                                      | 10./11. Dezember<br>Bundesparteitag der Linkspartei, Dresden   |

### Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS  
Bezirksvorstand Berlin Drei  
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81  
www.pds-berlin-drei.de  
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19. Oktober 2005  
Druck: double express Auflage: 8.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.